



Pleidelsheimer Nachrichten

Herausgegeben i. A. der Gemeindeverwaltung - Druck und Verlag:
Oswald Nussbaum, Weil der Stadt, Merklingerstr., Tel. (07033)
6056*. Verantwortlich für den amtlichen Teil: Bürgermeister Siegle,
Pleidelsheim - für den nichtamtl. u. Anzeigenteil Oswald Nussbaum

Nummer 31

Freitag, den 3. August

Jahrgang 1973

Amtliche Bekanntmachungen

PLANFESTSTELLUNG FÜR DEN 6-SPURIGEN AUSBAU DER BAB A 23 WEINSBERG-STUTT- GART IM STRECKENABSCHNITT MÜNDELS- HEIM-PLEIDELSHEIM

Hier: Anhörungsverhandlung

Das Regierungspräsidium in Stuttgart gibt bekannt:

Die im Planfeststellungsverfahren für den 6-spurigen Ausbau der BAB A 23 Weinsberg-Stuttgart im Streckenabschnitt Mündelsheim-Pleidelsheim erhobenen Einwendungen werden mit den Beteiligten am

Donnerstag, dem 13. September 1973 um 8.00 Uhr vorm.
in der Gemeindehalle Pleidelsheim, Ludwig-Jahn-Straße,
(Parkplatz beim neuen Rathaus)

erörtert.

Die Teilnahme an dem Erörterungstermin ist jedem vom Plan Betroffenen freigestellt. Es wird darauf hingewiesen, daß das Anhörungsverfahren mit dem Schluß dieser Verhandlung beendet ist.

VEREINFACHTE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGS- PLANES "SÜDLICH DES JUSTINUS-KERNER- WEGS"

Aufgrund von § 13 des Bundesbaugesetzes hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 10. Juli 1973 beschlossen, den am 12.3.1970 vom Landratsamt Ludwigsburg genehmigten Bebauungsplan "südlich des Justinus-Kerner-Wegs" geringfügig zu ändern. Betroffen von dieser Änderung ist ausschließlich das Grundstück Parzelle Nr. 729/1 und Gebäude 7 Häselweg. Sämtliche benachbarten Grundstückseigentümer sowie die beteiligten Behörden haben der Bebauungsplanänderung zugestimmt.

Der Gemeinderat hat daher in seiner Sitzung am 31.7.1973 die Bebauungsplanänderung im Wege des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 des Bundesbaugesetzes endgültig beschlossen. Maßgebend ist das Deckblatt zum Bebauungsplan "südlich des Justinus-Kerner-Wegs" des Verbandsbauamtes Pleidelsheim vom 9.7.1973. Die Bebauungsplanänderung wird mit der hiermit erfolgten öffentlichen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

ÄNDERUNG DER BESTATTUNGSGEBÜHREN- ORDNUNG

Auf Grund der §§ 2, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes vom 18.2.1964 (Ges. Bl. S. 71) und § 4 der Gemeindeordnung vom 25.7.1955 (Ges. Bl. S. 129) hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 31.7.1973 die Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen (Bestattungsgebührenordnung) vom 11.1.1968 wie folgt geändert:

1. § 5 (Benutzungsgebühren) wird wie folgt neu gefasst:

Es werden erhoben für

(1) Leichenbesorgerdienst

- a) Waschen und Ankleiden der Leiche, Einsargen und Beihilfe bei der Sarglegung für
Personen im Alter von 12 und mehr Jahren 50.- DM
- b) desgl. für Personen unter 12 Jahren 30.- DM
- c) besondere Tätigkeiten, die ausserhalb der gewöhnlichen Verrichtungen notwendig oder besonders gewünscht werden, werden nach dem tatsächl. Zeitaufwand in Rechnung gestellt.
Stundenlohn 6,30 DM

(2) Bestattung

I. Totengräber

- a) Aushebung eines Grabes für Personen
im Alter von 12 und mehr Jahren
in der Reihe 105.-- DM
- b) desgl. ausserhalb der Reihe 110.-- DM
- c) Aushebung eines Grabes für Personen
unter 12 Jahren 50.-- DM
- d) Eingrabung von Fehlgeburten (einschl.
Leichenbesorgung) 25.-- DM
- e) Beisetzung, Ausgrabung oder Umbettung einer Urne 30.-- DM
- f) Umlegung von Leichen und Totengebeinen oder besondere Tätigkeiten, die ausserhalb der gewöhnlichen Verrichtungen notwendig oder besonders gewünscht

11-16 zdf. G. 22.8.73